

Rund um den Schwammerl Turm

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 10, November 2024

RM 04A035819

REGIONALMEDIUM

ergeht an jede
Postabgabestelle in
Leoben, Proleb,
St. Michael,
Niklasdorf,
St. Peter Freienstein
und St. Stefan o.L.



Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung November 2024

KPÖ fordert Kurswechsel in steirischer Wohnpolitik

In der letzten Landtagssitzung vor der Landtagswahl am 24. November hat die KPÖ das Thema „Steigende Wohnkosten“ in die Landstube getragen. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Allein 2023 sind Mieten und Betriebskosten um neun Prozent teurer geworden. Eine Entlastung der Mieterinnen und Mieter ist weit und breit nicht in Sicht! Die Mieter, aber auch die Bewohner von Eigentumswohnungen, leiden zusätzlich unter den extrem gestiegenen Heiz- und Stromkosten.“

Klimt-Weithaler kritisierte, daß Wohnen immer mehr zur Ware werde. Die Maßnahmen der ÖVP-SPÖ Landesregierung bestünden hauptsächlich aus Einmalwirkungen. Die Wohnunterstützung sei 12 Jahre nicht erhöht worden. Auf Druck der KPÖ gab es 2023 eine Anpassung. Jetzt ist die Unterstützung auch wertgesichert. Allerdings ist der neue Maximalbetrag in Höhe von 188,50 Euro viel zu nieder. Betrachtet man die Inflation der letzten 12 Jahre müßte die Unterstützung 298 Euro betragen. Klimt-Weithaler verlangte von der Landesregierung ein klares Bekenntnis zu einer Mietpreisbremse und kritisierte die Spekulation mit Wohnraum: „Der An- und Verkauf von Wohnungen, sowie Spekulation auf steigende Bodenpreise und Immobilienwerte bestimmen den privaten Wohnungsmarkt.“



Claudia Klimt-Weithaler: „Eine Anhebung der Einkommensgrenzen für Wohnunterstützung und Heizkostenzuschuß ist mehr als überfällig.“

Leidtragende sind jene Menschen, die ein einfaches Bedürfnis nach sicherem und günstigem Wohnraum haben.“

Die KPÖ fordert eine längst fällige Anhebung der Einkommensgrenzen für die Wohnunterstützung und den Heizkostenzuschuß und eine Förderschiene für den kommunalen Wohnbau. Au-

ßerdem müsse der Wohnbonus für Menschen im geförderten Genossenschaftswohnbau, der die steigende Zinsbelastung abfedern soll, verlängert werden und eine Gültigkeit auch für vor 2015 errichtete Wohnungen haben.

Werner Murgg thematisierte einmal mehr die

mangelnde Aufsichtspflicht der zuständigen Landesrätin Simone Schmiedtbauer (ÖVP) über die Wohnbaugenossenschaften: „Frau Landesrätin, Sie haben bereits beim „Steirischen Modell“ die Betroffenen im Regen stehen gelassen und die Mietkäufer

Fortsetzung umseitig

LANDTAGSWAHL 24.11.2024

Protest
wird groß-
geschrieben.

Mit drei
Buchstaben:

KPÖ
LISTE 5

Fortsetzung von Seite 1

auf den Gerichtsweg verwiesen, statt von den Genossenschaften zu verlangen, die den Mietkäufern versprochenen Kaufbedingungen einzuhalten. Die Prozesse wurden jetzt glücklicherweise gewonnen, aber die Kläger hatten ein großes Prozeßrisiko."

Ein ähnliches Versagen der Landesrätin ortet Werner Murgg auch bei den Zinsbelastungen der aushaftenden Kredite. Murgg: „Es gibt eine klare gesetzliche Bestimmung, welche garantiert, daß die Kreditzinsen einer Deckelung unterliegen. Auch hier zeigen Berechnungen, daß viele Genossenschaften das nicht eingehalten haben und den betroffenen Menschen tausende Euro an Zinsen mehr verrechnet wurden."

Schmiedtbauer nannte die KPÖ-Kritik „populistisch“ und verwies auf die Wohnbauoffensive des Landes. Sie stimme der KPÖ insofern zu, daß die Situation am Wohnungsmarkt herausfordernd sei.

Rettungseuro wird erhöht

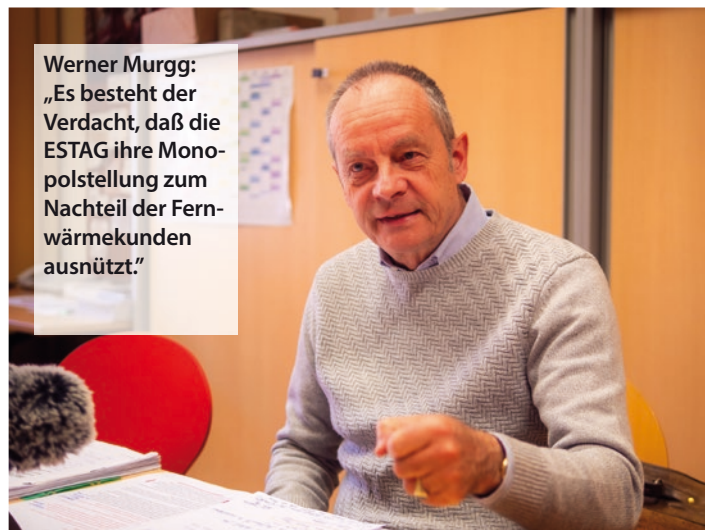
Einstimmig beschloß das Landesparlament die Erhöhung des Rettungseuros von 9 auf 12 Euro samt automatischer Indexanpassung, um die Dienste des Roten Kreuzes längerfristig abzusichern. Das ist eine zusätzliche Belastung für die zahlenden Gemeinden. Deshalb will der Gemeindebund bei der ÖGK Druck machen, um eine Zuzahlung zu erreichen.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Fotos KPÖ, Adobe Stock. Verantwortlicher Chefredakteur: LAbg. Dr. Werner Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Fernwärmepreise – KPÖ schaltet Bundeswettbewerbsbehörde ein

Im Fall der hohen Fernwärmepreise der Energie Steiermark (ESTAG) hat die KPÖ die Bundeswettbewerbsbehörde eingeschaltet. Sie ortet einen Mißbrauch der Monopolstellung der ESTAG zum Nachteil der Kundinnen und Kunden. Sollte die Bundeswettbewerbsbehörde die Argumente der KPÖ aufgreifen, kann sie das Kartellgericht einschalten.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg wirft der ESTAG in mehreren Punkten Ausnutzung der Monopolstellung vor. So habe die Energie Steiermark 2022 extrem teures Gas eingekauft und mit diesem Gas in den letzten Wintern große Teile der Fernwärmeversorgung gesichert. Gleichzeitig



bietet sie ihren Gaskunden über die ESTAG-Tochter Go Green einen Gaspreis, der deutlich billiger ist, als der für das Gas zur Fernwärmeerzeugung. Die Zeche zahlen die Fernwärmekunden.

Werner Murgg hat bereits mehrmals im Landtag gefordert, die Preisregulierung für die Fernwärme

auf die gesamte Steiermark auszudehnen und, wie in Oberösterreich, auch den volkswirtschaftlichen Faktor bei der Berechnung der Preise einfließen zu lassen. Während die Fernwärme in der Steiermark zwischen 115 und 130 Euro kostet, kostet sie in Linz nur knapp über 90 Euro.



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

K O M M M E N T A R

Heizkosten werden für viele Mieterinnen und Mieter zum Problem



Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
und -Stadtrat

Die seit rund zwei Jahren gewaltig gestiegenen Heizkosten werden für immer mehr Menschen zum Problem. Wie ich aus unserer Mieterberatung weiß, gibt es teilweise Nachzahlungen von bis zu 1.000 Euro und deutlich höhere monatliche Akontozahlungen. Abgesehen davon, daß mir immer wieder Abrechnungen in die Hände fallen, wo die Hausverwaltungen sich weigern, die der Abrechnung zugrundeliegenden Rechnungen vorzulegen. Offenbar einzig und allein aus dem Grund, weil

in die Heizkostenabrechnung Dinge einfließen, die dort nichts zu suchen haben. Da bleibt oft nur mehr der Gang zur Schlichtungsstelle bzw. zum Bezirksgericht. Die Heizkostensteigerungen resultieren aus den gestiegenen Gas- und Fernwärmekosten. Bei der Fernwärme, in Leoben die Stadtwärme, ist eine Senkung überfällig, da die Gas- und Strompreise gegenüber der Preisexplosion vor einigen Jahren, wieder deutlich gesunken sind. In Leoben ist vor allem der Strompreis für den Fernwärmepreis

ausschlaggebend, da der Preis von der von der Voest-Alpine bezogenen Abwärme mit einer komplizierten Formel berechnet wird, in die vor allem der Strompreis als wesentlicher Faktor einfließt. Weil die Strompreise wieder gesunken sind, hat die KPÖ im Gemeinderat bereits vor längerer Zeit eine Senkung des Stadtwärmepreises gefordert. Das wurde mehrheitlich abgelehnt. In der Zwischenzeit haben andere Fernwärmeanbieter die Preise doch um einiges gesenkt. Auf meinen Druck im Landtag mußte auch die

Energie Steiermark reagieren. Höchste Zeit, daß nun endlich die Stadtwerke Leoben den Preis für die Stadtwärme billiger machen!

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter und -Stadtrat

Ihre Werte in besten Händen

Richard und Lisa Jahrbacher raten beim Verkauf von Wertgegenständen an mobile Händler zu großer Vorsicht. Wenn es um die Schätzung von Schmuck, Gold und weiteren Edelmetallen, Pelzen und anderen Wertgegenständen geht, ist das Familienunternehmen von Richard und Lisa Jahrbacher ein seriöser Ansprechpartner.

„Wir sind vor Ort, wir sind greifbar, und wir sind seit Jahrzehnten in der Branche tätig“, sagt Lisa Jahrbacher. „Deshalb können unsere Kunden auf eine ebenso faire wie professionelle Schätzung vertrauen.“

Gleichzeitig warnen die

beiden Experten vor sogenannten mobilen Händlern, die immer wieder durchs Land ziehen, und ein paar Tage in der Stadt bleiben, um mit überzogenen Versprechungen Kunden anzulocken. „Diese Angebote klingen meist viel zu gut, um wahr zu sein. Hier ist äußerste Vorsicht geboten“, sagt Richard Jahrbacher.

„Beim Verkauf von Wertgegenständen empfehlen wir ausschließlich Fachleute, die nach den gesetzlichen Richtlinien handeln und auch eine entsprechende Ausbildung haben.“ Lisa Jahrbacher ist ausgebildete Gemmologin und diplomierte Diamantenfachfrau. „Wir bieten kostenlose Schätzungen aller Wert-



gegenstände an und arbeiten dafür mit gerichtlich zertifizierten Sachverständigen zusammen“, sagt sie.

Nähere Infos gibt es in den beiden Fachgeschäften

beim Schwammerlturn in Leoben und am Hauptplatz in Bruck sowie unter Tel. 0664/3382716 oder auf www.jahrbacher.at bzw. 0664/304 3873.

Wir brauchen Spitäler, keine Luftschlösser

Im steirischen Gesundheitswesen brennt der Hut. Die Versorgungsqualität hat sich durch jahrelange Versäumnisse verschlechtert. Während die Beschäftigten ihr Bestes geben, hat die SPÖ-ÖVP Landesregierung viel zu lange weggeschaut. Kürzung von Angeboten, Schließung von Spitälern, Sparen bei der Gesundheit: ÖVP und SPÖ setzen in der Steiermark seit Jahren auf die falsche Medizin.

Die Folgen sind eine schlechter werdende Versorgung, Personalmangel, lange Wartezeiten und steigender Arbeitsdruck. Die Entwicklung des steirischen Gesundheitswesens ist von dramatischen Fehlentscheidungen geprägt. Das Leistungsangebot der steirischen Krankenanstalten in den Bezirken wurde in den vergangenen Jahren radikal eingeschränkt, ganze Abteilungen aufgelassen beziehungsweise in niederrangige ambulante Einrichtungen umgewandelt. Die Folgen spürt die

Bevölkerung unmittelbar: Lange Wartezeiten auch bei lebensnotwendigen Eingriffen, unzumutbare Transport- und Anfahrtswege sowie durch Personalmangel ausgelöste Probleme sind mittlerweile Alltag. Diese Situation spiegelt sich in den Klagen der Beschäftigten, bei denen Streß und Burnout zum ständigen Begleiter geworden sind.

Die Rolle der Landesregierung

Dabei agiert die steirische

Landesregierung nach einem berichtigten Muster: die Angebote werden schrittweise zurückgefahren, um anschließend eine Schließung wegen gesunkener Fallzahlen argumentieren zu können. Eine „medizinische Notwendigkeit“ dieser Maßnahmen wird als Behauptung so lange in den Raum gestellt, bis die Medien sie unkritisch übernehmen. Selbst die absurde Aussage, durch Schließungen ganzer Spitalstandorte würde sich die Versorgung verbessern, findet so unhinterfragt den Weg in die Öffentlichkeit, wie sich im Bezirk Liezen gezeigt hat. Statt drei bestehender Spitäler soll ein Neues entstehen und damit die Versorgung angeblich besser werden.

Bewußt ausgeblendet wird: Schon in den vergangenen Jahren hat die Stei-

ermark massiv an Substanz im Spitalbereich verloren. Hunderte Betten wurden gesperrt, dutzende Abteilungen zusammengelegt, mehrere Krankenhäuser – Eisenerz, Mariazell – geschlossen. Die Fusionen im Spitalsbereich haben die Regionen der Steiermark ausgedünnt, in den Zentren aber stets zu Überlastungen geführt. Das LKH-Leoben oder die Grazer Universitätsklinik können davon ein Lied singen.

Die in den betroffenen Regionen versprochenen Ersatzangebote sind fast durchwegs Luftschlösser. Die von der Landesregierung viel gelobten Primarversorgungseinheiten vulgo „Gesundheitszentren“ und die Facharztzentren bleiben bisher weit hinter den versprochenen Erwartungen zurück.



Seit vielen Jahren setzt sich die KPÖ für Verbesserungen im Gesundheits- und Pflegebereich ein.

Dafür setzt sich die KPÖ ein

Arbeit von der man leben kann

Trotz eines geregelten Arbeitslebens fehlt immer mehr Menschen das Geld für ein ordentliches Leben. Gleichzeitig nehmen Arbeitsdruck und Billiglohnkonkurrenz zu. Grund dafür sind wirtschaftsfreundliche EU-Gesetze wie beispielsweise die sogenannte Entsenderichtlinie. Dadurch wird Sozialdumping Tür und Tor geöffnet. Statt verstärkt Arbeitskräfte auszubilden und Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß zu integrieren, befeuern Industrie und Regierung die Arbeitsmigration.

Die KPÖ setzt sich ein:

- Zurückdrängen von Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen.
- Keine öffentlichen Aufträge oder Wirtschaftsförderungen für Firmen, die Sozialdumping betreiben.
- Löhne und Gehälter und Pension von denen man ordentlich leben kann.
- Volle Abgeltung der Teuerung bei den Nettolöhnen und -Gehältern.

Öffentliches Eigentum nicht verkaufen

Krankenhäuser, Pflegeheime, Industriebetriebe, Straßen, Wohnungen, Post und Bahn: Vor den Privatisierern ist nichts sicher. Wenn alles verkauft ist, gibt es für die Politik kaum noch Handlungsspielräume und man begibt sich in vollständige Abhängigkeit von mächtigen Kapitalgruppen. Gerade die EU-Regelungen zielen darauf ab, öffentlicher Dienstleistungen für den freien Markt zu öffnen.

Die KPÖ fordert:

- Ausbau des öffentlichen Eigentums statt Ausverkauf.
- Privatisierungsstopp bei der öffentlichen Grundversorgung, wie Post, Bahn, Energie, Gesundheit und Pflege.

Wohnen darf nicht arm machen

Die Mieten sind allein im letzten Jahr um neun Prozent gestiegen. Die gesamten Wohnkosten, Miete, Strom, Heizung, haben sich im letzten Jahrzehnt fast um 80 Prozent verteuert. Bei den Betriebskosten sind die Gemeinden die Preistreiber. Denn die Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr werden im Gemeinderat, meist einzig gegen die Stimmen der KPÖ, erhöht.

Die KPÖ fordert:

- Abschaffung befristeter Mietverhältnisse
- Errichtung von Wohnungen, die sich auch kleine und mittlere Verdiener leisten können.
- Einführung von Mietzinsobergrenzen.
- Anhebung der Einkommensgrenzen bei der Wohnunterstützung und dem Heizkostenzuschuß.

Gesundheit für alle zugänglich und leistbar

Unter dem Vorwand, unser Gesundheitssystem sei zu teuer, wird die medizinische Versorgung vor allem im ländlichen Raum von Jahr zu Jahr verschlechtert. Immer mehr Spitäler und Spitalsabteilungen werden geschlossen, statt Kassenärzten nehmen die Wahlarztpraxen zu. Lange Wartezeiten bei Operationen und bei Fachärzten nehmen zu.



„Als Gemeinderat und durch unsere Sozial- und Mietsprechstunden kenne ich die Sorgen und Nöte der Bevölkerung.“

Jakob Matscheko, KPÖ-Gemeinderat und -Landtagskandidat

Die KPÖ fordert:

- Mehr Kassenärzte. Die Versorgung darf nicht von Privat- und Wahlärzten abhängig sein.
- Mehr Personal in den steirischen Spitälern und Verkürzung der Wartezeiten.
- Neuausrichtung der steirischen Gesundheitspolitik.

Abgehobene Einkommen führen zu abgehobener Politik

Verglichen mit dem, was der Großteil der Bevölkerung auch in qualifizierten Berufen verdient, sind die Bezüge in der Politik geradezu fürstlich. Der Landeshauptmann kassiert 19.600 Euro brutto – 14 mal im Jahr, ein Landtagsabgeordneter immerhin noch 6.728 Euro brutto – vierzehnmal im Jahr. Kein Wunder, daß viele Spitzenpolitiker vom Leben eines

Durchschnittsverdieners keine Ahnung haben. In der KPÖ gilt deshalb für Abgeordnete eine Einkommensgrenze von 2.700 Euro netto. Der Rest wird für Menschen in Notlagen verwendet, um ihnen schnell und unbürokratisch helfen zu können. Auch darum geht es bei der Landtagswahl. Abgehobene Politeinkommen führen zu abgehobener Politik.



GUTSCHEIN



JOSEF WILHELMER

FRISCH SCHNELL TRADITIONELL

2 halbe Grillhendl

+

2 Salate

statt € ~~24,-~~ nur € 16,90

Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben
LCS Eingang Busbahnhof, neben Buchberger

Langfelderstraße 3, 8793 Trofaiach

gültig bis 31.12.2024

KOMMENTAR



Keine Pensionskürzungen!

*K*aum ist die Nationalratswahl vorbei schon wird über eine Kürzung der Pensionen nachgedacht. Das Budgetdefizit ist auch durch die milliardenschweren Coronaförderungen völlig aus dem Ruder gelaufen. Was bis zum Wahltag unter Verschluss gehalten wurde, wird jetzt kommuniziert: Jährlich sollen 2,5 bis 4 Milliarden Euro eingespart werden. Natürlich wird nicht über eine höhere Besteuerung der Konzerne und der Vermögenden nachgedacht. Diskutiert wird über eine Zuckersteuer, höhere Steuern auf Bier und sogar über eine Anhebung der Mehrwertsteuer. Vor allem das Letztere würde bei einer ohnehin schon hohen Teuerung eine zusätzliche Belastung bedeuten. Während die breite Masse höhere Steuern zahlen soll, will man gleichzeitig staatliche Leistungen kürzen. Immer wenn diese Diskussion beginnt, sind auch die Pensionen in Gefahr. Eines ist klar: Es gäbe die Budgetprobleme nicht in diesem Ausmaß, wären die Rüstungsausgaben nicht drastisch erhöht worden. Allein das NATO-Projekt Sky-Shield kostet sechs bis sieben Milliarden Euro.

Jakob Matscheko
KPÖ-Gemeinderat



Heizen muß wieder leistbar werden

Immer mehr Steirerinnen und Steirer haben Probleme, finanziell über die Runden zu kommen. Ursache sind nicht zuletzt die massiv gestiegenen Wohnkosten. Dazu zählen neben der Miete auch die explodierenden Heizkosten.

Bei der kostenlosen Mieterberatung der KPÖ häufen sich die Anfragen und Beschwerden. Die Menschen sind oft mit Nachzahlungen von bis zu tausend Euro konfrontiert. Oft sind ganze Siedlungen von den hohen Nachzahlungen betroffen. Dazu kommt, daß die Hausverwaltungen oft nicht bereit sind, den Mietern, die den Betriebs- und Heizkostenabrechnungen zugrunde liegenden Einzelrechnungen vorzulegen, worauf diese aber ein Anrecht haben.

Besonders betroffen sind

in Leoben vor allem Wohnsiedlungen, die in jüngster Zeit von neuen Eigentümern erworben wurden. Die Abrechnungen sind oft fehlerhaft und die Häuser werden teilweise auch stark vernachlässigt – schlechte Reinigung, keine Behebung von Schäden etc.

Energiepreise gehen durch die Decke

Die größten Brocken bei den Nachzahlungen sind die hohen Kosten für Gas

und Fernwärme. Auch die Strompreise sind immer noch hoch. Wobei diese bis Ende des Jahres durch die Strompreisbremse abgefedert werden. Diese fällt im Jänner weg, zusätzlich müssen auch die ausgesetzte Ökostrompauschale und die Elektrizitätsabgabe wieder in vollem Umfang bezahlt werden. Zu guter Letzt drohen den Stromkunden weitere Belastungen, da ab 2025 auch die Netzgebühren erhöht werden. Sie machen ca. ein Drittel der Stromrechnung aus. Insgesamt wird sich also die Stromrechnung deutlich verteuern. Die KPÖ hat im Landtag zahlreiche Konzepte vorgelegt, wie die Strompreise wieder sinken könnten.

Das Modell „Strompool Austria“ würde die Strompreise von dem unsäglichen Merit-Order-System unabhängig machen und auf längere Zeit auf einem niederen Niveau fixieren. Dazu müßte allerdings eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Außerdem fordert die KPÖ eine steiermarkweite Regulierung der Fernwärmepreise. Die Veröffentlichung der jüngsten Energie Steiermark Bilanz weist eine gewaltige Gewinnsteigerung auf. Die Gewinne müssen zu einem Teil auch den Kunden in Form günstiger Tarife zugute kommen und nicht nur in die Dividendenausschüttung fließen.

Der Nahe Osten brennt

Seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 dreht sich die Eskalationsspirale im Nahen Osten immer weiter.

Der profunde Kenner der Situation, Michael Lüders, geht in seinem jüngst erschienen Buch „Krieg ohne Ende?“ der Frage nach, warum wir für Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen.

Michael Lüders äußert sich auf YouTube regelmäßig zu aktuellen politischen Themen. Er war lange Zeit Nahost-Korrespondent der Wochenzeitung DIE ZEIT. Bei der Europawahl kandidierte er für das Bündnis Sahra Wagenknecht und gehört dem erweiterten Parteivorstand an.

Buchpräsentation und Diskussion

Zeit:

Dienstag, 19. November, 18 Uhr

Ort:

Leoben, Museumsturm, Leopoldine-Pohl-Platz 1 (ehemals Kirchplatz)



LANDTAGSWAHL STEIERMARK

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten bei der Landtagswahl



Jakob Matscheko,
Angestellter,
Gemeinderat in Leoben

Viele der Probleme im Gesundheitssystem sind hausgemacht. Die KPÖ wendet sich gegen eine Zwei-Klassen-Medizin und Spitalschließungen und kämpft für eine gute, wohnortnahe Versorgung für alle Steirerinnen und Steirer. Deshalb sagen wir Nein zum Leitspital Liezen und fordern stattdessen den Erhalt der drei bestehenden Spitäler.



Christine Wenzl,
Metallurgin, Leoben

Die steirische Industrie steckt in der Krise. Das liegt auch an einer falschen Energiepolitik. Die KPÖ lehnt die Liberalisierung der Energiemärkte ab, welche die Preise explodieren ließ. Das spüren auch immer mehr Haushalte. Strom, Gas und Fernwärme müssen endlich dem Diktat der Märkte entzogen werden.



Bernd Kaufmann,
Landwirt, Stadtrat in
Trofaiach

Kleine Landwirtschaften haben es immer schwerer, von ihrer Arbeit zu leben. Die Preise werden durch Großkonzerne bestimmt. Setzen wir auf regionale Lebensmittelversorgung statt EU-weiter Konkurrenz zum Wohle von uns Bauern und der Umwelt.



Sandra Egger,
Technische Angestellte,
Gemeinderätin in Leoben

Unsere Neutralität wird ausgehöhlt und das Bundesheer NATO-kompatibel gemacht. Statt Aufrüstung braucht es laute Stimmen für den Frieden. Deshalb sagt die KPÖ: Statt NATO-Annäherung und Sky Shield machen wir unsere Neutralität wieder zu dem, was sie einmal war und Österreich wieder zu einem Ort der Völkerverständigung und zu einem Vermittler in internationalen Konflikten.

**JE STÄRKER
DIE KPÖ, DESTO
SOZIALER DIE
STEIERMARK!**

 Am 24. November:
Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ
EHRlich
ANDERS.